



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs**, Dr. Markus Bächler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kleine und mittlere Unternehmen in Industrie und Handwerk entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen in Bayern einzusetzen, dass

- KI-Anwendungs- und Einsatzmöglichkeiten zeitnah stärker in Berufsausbildungen, Studiengänge und Weiterbildungsangebote integriert werden
- bei Gesetzesvorhaben auf Landes- und Bundesebene verpflichtend ein KMU-Check durchgeführt und Regelungen grundsätzlich aus der Perspektive kleiner und mittlerer Unternehmen formuliert werden
- bei weiteren Änderungen im Baurecht gewerbliche Investitionsmaßnahmen gerade für KMU attraktiver zu gestalten und im Rahmen des Bayerischen Modellregionengesetzes entsprechende Möglichkeiten zu testen;
- Planungs- und Genehmigungsverfahren bei den bayerischen Behörden beschleunigt und digitalisiert werden.

Begründung:

Der Fachkräftemangel stellt kleine und mittlere Unternehmen in Industrie und Handwerk seit Jahren vor große Herausforderungen. Der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz kann dazu beitragen, Betriebe zu entlasten und Arbeitsprozesse effizienter zu gestalten. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass KI-Anwendungen deutlich stärker und schneller in Ausbildungsordnungen, Studiengänge und Weiterbildungsangebote integriert werden. Bislang dauert die Reform einer Ausbildungsordnung häufig zwischen zwei und fünf Jahren – ein Zeitraum, der angesichts der rasanten technologischen Entwicklung nicht mehr zeitgemäß ist. Künstliche Intelligenz verändert Tätigkeitsprofile bereits heute grundlegend und der Bedarf an entsprechend qualifizierten Fachkräften wird in den kommenden Jahren weiter stark steigen. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen drohen dadurch Wettbewerbsnachteile, da sie offene Stellen oft schwerer besetzen können und die Auswirkungen des demografischen Wandels besonders stark spüren.

Auch wenn sich auf Landes- und Bundesebene im Bereich Bürokratieabbau etwas tut, stellen bürokratische Belastungen KMU vor besondere Herausforderungen. Grundsätzlich wäre es deshalb hilfreich, wenn schon bei Erarbeitung von Gesetzesvorhaben die mittelständische Perspektive im Mittelpunkt stehen würde und dann z.B. für Großunternehmen spezielle Regelungen hinzugefügt würden. Statt wie aktuell Regulierungen aus Sicht der Großunternehmen zu formulieren und ggf. Ausnahmen für KMU zu formulieren. Dies würde einen grundlegenden Perspektivwechsel in der Gesetzgebung bedeuten und würde auf mittelfristige Sicht den Mittelstand deutlich entlasten.

Außerdem muss die Digitalisierung und Bündelung von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen konsequent vorangetrieben werden.

Mit inzwischen vier Modernisierungsgesetzen hat Bayern die Bayerische Bauordnung im Bereich Wohnungsbau entschlackt. Allerdings führt Genehmigungsfiktion im Wohnungsbau nach Angaben der Lokalbaukommission München dazu, dass gewerbliche Vorhaben nachrangig bearbeitet werden. Dadurch verzögern sich Investitionen insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen erheblich. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, müssen gewerbliche Genehmigungsverfahren beschleunigt und besser planbar werden.

Bei einer Anhörung im Wirtschaftsausschuss berichtete die Alzchem Group, dass allein die Verlängerung einer Einleitgenehmigung drei Jahre dauerte und Kosten von 1,5 Millionen Euro verursachte, obwohl sich an der Anlage nichts Grundlegendes geändert hatte. Bei InfraServ Gendorf dauerte ein vergleichbares Verfahren sogar fünf Jahre. Solche langwierigen Verfahren gefährden Investitionen und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern. Gerade auf das Problem der langen Genehmigungsverfahren muss in den Modellkommunen besonderes Augenmerk gelegt werden.